

- unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, bereits ein- oder mehrfach vorbestraft waren.¹

Von der Gesamtzahl der von 1978 bis einschließlich 1982 in den Untersuchungshaftanstalten des MfS verwahrten und in Ermittlungsverfahren bearbeiteten Verhafteten waren

ca. 8 % aus dem kapitalistischen Ausland (darunter 1980 21 % und 1981 35 % Vorbestrafte).

ca. 20 % DDR-Bürger mit einer bzw. mehrmaligen Vorstrafe.

ca. 5 %, die im Zusammenhang mit der Durchführung von Straftaten des ungesetzlichen Grenzübertritts mit unterschiedlicher Intensität Gewalt anwandten.

Von der Gesamtzahl der Personen, welche wegen im Zusammenhang mit Versuchen der Übersiedlung in das kapitalistische Ausland und Westberlin begangener Straftaten verhaftet waren, hatten ca. 46 % Handlungen mit Elementen der Gewaltanwendung vorgenommen. Die von diesen Verhafteten vorrangig geführten Angriffe gegen den Untersuchungshaftvollzug äussern sich in der Praxis vor allem als renitentes, provokatorisches sowie strafrechtlich relevantes Verhalten und Handeln und sind im wesentlichen darauf gerichtet, feindlich-negative Grundpositionen zu demonstrieren, der feindlichen Interessenlage adäquate Forderungen durchzusetzen bzw. die Feindsätigkeit unter den Bedingungen des Untersuchungshaftvollzuges fortzusetzen. Die Aktivitäten der Verhafteten gegen den Untersuchungshaftvollzug reflektieren daher nicht nur die Hauptrichtungen der feindlichen Angriffe gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern sind ausgehend von den damit konkret verfolgten Zielsetzungen, den angewandten Mitteln und Methoden modifizierte Formen der Verwirklichung der feindlichen Pläne und Absichten unter den speziellen Wirkungs- und Realisierungsbedingungen des Untersuchungshaftvollzuges. Sie sind im wesentlichen

¹ Angaben entsprechend der Jahresanalysen der AKG der HA IX im Zeitraum von 1978 bis 1982